

# DEUTSCHE BAUZEITUNG

Zusendungen bittet man zu richten:  
An die Redaktion der Deutschen  
Bauzeitung, Berlin. Oranien-Str. 101.

## Wochenblatt

herausgegeben von Mitgliedern

Bestellungen übernehmen alle Post-  
Anstalten und Buchhandlungen, für  
Berlin die Expedition, Oranienstr. 101.

Insertionen (2½ Sgr. die gespaltene  
Petitzelle) finden Aufnahme in der  
Gratis-Beilage „Bau-Anzeiger.“

## des Architekten-Vereins zu Berlin.

Preis 1 Thlr. pro Vierteljahr. Bei di-  
rekter Zusendung jeder Nummer  
unter Kreuzband 1 Thlr. 5 Sgr.

Redakteur K. E. O. Fritsch.

Berlin, den 19. Oktober 1871.

Erscheint jeden Donnerstag.

Inhalt: Eine neue Bauordnung für Berlin. (Fortsetzung). — Albrecht  
Türschmidt. — Ueber die abgekürzte Bezeichnung der Metermassgrößen — Die  
Pforten-Eisenbahn. — Mittheilungen aus Vereinen: Architekten- und In-  
genieur-Verein in Böhmen. — Ostpreussischer Ingenieur- und Architekten-Verein.  
— Architekten-Verein zu Berlin. — Vermischtes: Eine allgemeine Konferenz

für europäische Gradmessung. — Instruktion für die formelle Behandlung der  
für die Ertheilung von Baukonsensen einzureichenden Zeichnungen. — Das  
Institut für Glasmalerei in München. — Aus der Fachliteratur: Zeitschrift  
des Bayerischen Architekten- und Ingenieur-Vereins. — Personal-Nachrichten.  
— Brief- und Fragekasten

### Eine neue Bauordnung für Berlin.

(Fortsetzung.)

Wie wir in unseren einleitenden Bemerkungen zu dieser Abhandlung, die unmittelbar nach der ersten überraschenden Publikation des neuen Bau-Ordnungs-Entwurfs entstanden sind, auseinandergesetzt haben, waren es hauptsächlich zwei Punkte, die ein ungünstiges Urtheil über diese Art der Behandlung so hochwichtiger Interessen bei uns und gewiss der ganzen Berliner Architekten-Welt herausforderten.

Es geht aus dem in der vor. No. der Bauzeitung enthaltenen Referate über die Sitzung des Berliner Architekten-Vereins vom 7. d. M.\*) hervor, dass der eine dieser Punkte, nämlich die mangelnde Einholung eines Gutachtens der Berliner Bautechniker und einer beschliessenden Theilnahme derselben an den Berathungen über das Zustandekommen eines solchen Gesetzes, nachträglich, wenn auch nicht zu einer allseitig befriedigenden Lösung, so doch zu einer Erledigung gebracht ist, welche es der ersten Vertretung hiesiger fachgenössischer Interessen möglich macht, ohne sich durch Aufdringlichkeit mit nicht gewünschten gutachtlichen Aeusserungen etwas zu vergeben, vielleicht noch einen Einfluss auf die endgültige Definirung der Verordnung auszuüben. Wir wollen indessen den Abschluss der Berathungen der erwählten Kommission nicht abwarten, sondern wo möglich gemeinschaftlich an dem Werke arbeiten und es zu einem — den Verhältnissen nach — möglichst günstigen Gedeihen führen helfen. Freilich nur den Verhältnissen nach.

Wir haben fernerhin bereits an der gedachten Stelle — und dies ist der zweite hauptsächlichste Punkt — hervorgehoben, dass wir es nur für verfehlt erachten können, auch wenn die sorgfältigsten Berathungen stattgefunden hätten, und allen berufenen Instanzen die ausgiebigste Gelegenheit zur Geltendmachung ihrer Ansichten geboten worden wäre, eine neue Bauordnung mit wesentlichen materiellen Änderungen so zu sagen eben vor Thoresschluss des alten, für das neue Jahr zum Gesetz zu machen. Wir haben mindestens eine Bauperiode als Zwischenzeit verlangt, während welcher die Verhältnisse sich für den neuen Zustand vorbereiten könnten. Trotz der, wie wir vermaßen, ganz unwiderleglichen Beweisführung ist doch merkwürdigerweise dieser Punkt in den lebhaften Debatten der Architekten-Vereins-sitzung vom 7. d. M. gar nicht zur Sprache gekommen. Wenn demnach diese Meinung nicht allgemein zu sein scheint und so die Möglichkeit sehr nahe gerückt ist, dass wir wirklich materielle Änderungen an unseren baupolizeilichen Bestimmungen schon nach einem Zeitraum von wenigen Wochen erhalten werden, so tritt um so gebieterischer die Nothwendigkeit heran, dass diese Änderungen in einem für die allgemeinen Interessen möglichst günstigen Sinne gestaltet werden. Wir wollen übrigens nicht verhehlen, dass in der letzten Sitzung der hiesigen volkswirtschaftlichen Gesellschaft vom 14. d. Mts. gerade dieser letzte Punkt es war, der die grösste Missbilligung fand und zu dem Ausspruch der entschiedensten Hoffnung veranlasste, dass das Handelsministerium diesen Entwurf vorläufig sistiren werde. Da diese Hoffnung keineswegs so gewiss ist, wie die Herren Volkswirthe glauben, müssen wir uns auf alle Eventualitäten rüsten und zu einer materiellen Würdigung des Entwurfs übergehen.

#### I. Die Bauerlaubniss.

Die Basis, auf der der ganze Entwurf beruht, ist natürlich der Baukonsens für die Errichtung jedes einzelnen Baues und die Bauabnahme nach dessen Vollendung. Dieses

polizeiliche, mit den grössten Willkürlichkeiten nothwendig verbundene Präventionsprinzip ist — leider — so eng mit unseren gesammten Anschauungen verbunden, dass davon nur sehr schwer los zu kommen ist. Mit seiner Beseitigung wären jedenfalls auch neue gesetzliche Bestimmungen über die Haftpflicht des Grundeigenthümers oder Bauherrn verbunden, von denen wir noch ziemlich weit entfernt sind.

Es ist das Verdienst des hiesigen Magistrats, die enge Wechselbeziehung zwischen diesen beiden Fragen in seinem an die Ministerien des Innern und für Handel gerichteten, eine gründliche und prinzipielle Reformirung der hiesigen Baupolizei bezweckenden Berichte vom 20. Dezbr. 1866 richtig gewürdigt zu haben. Diese Verhältnisse können nicht besser dargestellt werden, als mit den eigenen Worten jenes Berichts: „Eine juristische Folge dieser Einrichtungen ist zunächst, dass den Bauherrn eine rechtliche Verantwortlichkeit für den durch die unsolide Anfertigung der in seinem Eigenthum befindlichen Sache anderen Personen veranlassten Schaden nach dem allgemeinen Grundsatz unserer Gesetzgebung kaum jemals treffen kann. Aber auch von jeder moralischen Verantwortlichkeit für die Gefährlichkeit eines Baues wird der Eigenthümer desselben sich entbunden erachten, wenn derselbe obrigkeitlich privilegierten Sachverständigen übergeben und in seinem Plane wie in seiner Ausführung polizeilich genehmigt wird. Das Gefühl, dass ihm jede Verantwortlichkeit für die Art der Ausübung seiner Eigenthumsrechte abgenommen sei, dass diesen Rechten keinerlei Pflichten entsprechen, wird unter solchen Umständen in dem Bauherrn naturgemäss das vorherrschende, und er wird hierdurch, wenn er aus Spekulation baut, allzuleicht verleitet, nur darauf sein Absehen zu richten, wie er am billigsten baut und über die bedenklichen Mittel, die er dazu anwendet, die Polizei täuscht.“

Mit dieser letzten Ansicht ist jedenfalls der Kernpunkt der Sache getroffen. Dem polizeilichen Bestreben, die Anforderungen, behufs eigener Entlastung von jeder Verantwortlichkeit, häufig über das ausreichende Maass zu erhöhen, steht das Bestreben des Bauherrn gegenüber, niemals mehr zu thun, als unumgänglich nothwendig ist, und da das Nothwendige oft schon zu viel ist, oder nach seiner Meinung zu sein scheint, zu unerlaubten Mitteln der Vertuschung und geradezu Täuschung zu greifen. Von Seiten der Berliner Grundbesitzer sind dem Magistrat schon deshalb schwere Vorwürfe gemacht worden, weil er in seinem Pfandbrief-Amts-Statut jede Beleihung auf Grundstücke, die noch nicht 5 Jahre lang bebaut sind, ausschliesst. So sehr wir auch eine solche Bestimmung bedauern, müssen wir doch sagen, dass sie in den baupolizeilichen Zuständen begründet ist, denen mit jener Einschränkung ein sehr starkes Misstrauens-Votum gegeben ist.

Zur gesetzlichen unbedingten Haftpflicht des Bauherrn, bei deren Anwendung der Baukonsens in der jetzt üblichen

\*) Ueber den Vortrag, den der Verfasser des Entwurfs zur neuen Bauordnung, der Regierungs- und Baurath am Berliner Polizei-Präsidium, Herr Assmann, in der Sitzung des Berliner Architekten-Vereins vom 14. d. M. über die Angelegenheit gehalten hat, ist an betreffender Stelle unserer Zeitung berichtet. Wir beabsichtigen ursprünglich eine kurze Wiedergabe seiner, für die Beurtheilung der am massgebenden Orte herrschenden Anschauungen jedenfalls kompetenten Erläuterungen in unsere allgemeine Erörterung zu verflechten, glauben jedoch darauf verzichten zu können, da sie sich im Wesentlichen darauf beschränken, die Haupt-Unterschiede, welche der neue Entwurf gegenüber der alten Baupolizei-Ordnung festsetzt, hervorzuheben, Prinzipienfragen aber fast ganz unberücksichtigt liessen. Selbstverständlich glauben wir eine öffentliche Diskussion nicht in so enge Grenzen einschränken zu können. (D. Red.)

Form allerdings entbehrt werden könnte, ist neuerdings in der Gesetzgebung durch das Entschädigungsgesetz für die auf Eisenbahnen etc. Beschädigten schon ein sehr beachtenswerther Schritt gemacht worden. In Konsequenz davon würde es nothwendig sein, die im Code civil, also in einem Theil Preussens und Deutschlands schon vorhandene Bestimmung (Art. 1386): „*Le propriétaire d'un bâtiment est responsable du dommage causé par sa ruine, lorsqu'elle est arrivée par une suite du défaut d'entretien ou par le vice de sa construction*“, ganz direkt auch bei uns einzuführen. Dies wäre auch die einzig richtige Konsequenz des durch die neue Gewerbeordnung glücklicherweise und trotz der energischen Proteste der Gewerksmeister eingetretenen Wegfalls der Gesellen- und Meister-Prüfungen gewesen. Wir werden im weiteren Verlaufe sehen, zu welchen bedenklichen Mitteln man unter Beibehaltung der Baukonsense seine Zuflucht genommen hat.

Man wird hier — sagt der Magistrat in seinem erwähnten denkwürdigen Berichte weiter — sich damit begnügen dürfen, durch das Gesetz selbst einer sittlicheren Auffassung von den Pflichten des Eigenthums Bahn zu brechen und durch die Furcht vor der Anwendung desselben diejenigen, welche gegenwärtig bei ihren Spekulationsbauten lediglich den Eingebungen ihres Interesses folgen, zu einer grösseren Gewissenhaftigkeit und Solidität zu nöthigen. Auf alle Fälle wird — das sind wir weit entfernt zu verkennen — hier, wo es sich nicht blos um die mögliche Gefährdung des Eigenthums Anderer, sondern um Leben und Gesundheit handelt, neben verschärften Repressivgesetzen eine zweckmässige Prävention nicht zu entbehren sein. Dies ist der Grundgedanke der magistratualischen Reformvorschläge, die im weiteren Verlaufe dahin spezialisiert werden: „Eine fortlaufende polizeiliche Kontrolle der Privatbauten ist nur dann möglich und zulässig, wenn objektive Normen dafür vorhanden sind, was der kontrollirende Beamte von dem Bauherrn zu fordern berechtigt ist. Dazu gehört, dass die Baupolizei-Ordnung selbst in einer das administrative Ermessen ausschliessenden Weise diejenigen unerlässlichen und wesentlichen Punkte speziell bezeichnet und durch genaue Bestimmungen regelt, welche die Standhaftigkeit des Gebäudes, die Sicherheit gegen Feuersgefahr, sowie die allgemeine Salubrität und Sanität bedingen.“

Es wird sodann auf die Englische *Metropolitan Act of Building* vom 14. August 1855 verwiesen. In derselben ist allerdings die Spezialisierung objektiver Normen unter Androhung beträchtlicher Strafen für die Nichtbefolgung so weit getrieben, dass wir uns nur wundern können, wie trotz der Entwicklung der Bauwissenschaft und der Fortschritte der Technik die damaligen Bestimmungen noch heute in unangefochtener Gültigkeit bestehen können. Man muss aber hierbei besonders berücksichtigen, dass die bis in's Einzelne hinein gehenden baugesetzlichen Vorschriften nur für gewöhnliche, hauptsächlich Wohngebäude gelten und ein polizeilicher Konsens, resp. eine Genehmigung durch das *Metropolitan Board of Works* gefordert wird für ungewöhnliche,

resp. neue Baumaterialien, neue Konstruktionsweisen und besondere Zweckbestimmungen.

Diese ausserordentlich wichtige Unterscheidung, auf die wir noch zurückkommen müssen, findet sich auch in dem Hamburger Banpolizei-Gesetz vom 3. Juli 1865, welches gewissermassen den Typus für eine dritte Kategorie baulicher Gesetzanwendungen bildet, und zwar — wenn man die herkömmlichen parlamentarischen Distinktionen auf diese Verhältnisse anwenden will — auf der äussersten Linken steht. Für alle Bauwerke gilt die Bestimmung des §. 18. l. c. „die Umfassungsmauern aller Gebäude müssen massiv in einer Stärke ausgeführt werden, wie dieselbe zur Solidität des Bauwerks erforderlich ist“. Für „alle Werkstätten und Fabriken, in welchen mit ungewöhnlich starkem Feuer gearbeitet oder leicht feuerfangendes Material verarbeitet und gehandhabt wird, oder leicht brennbare Substanzen bereitet werden“ sind noch einige besondere Bestimmungen angefügt, die sich aber hauptsächlich auf die Feuerung, Schornsteine, Kessel etc. beziehen. Der vorbereitende Bericht des Bürgerschafts-Ausschusses vom August 1863 sagt über diesen Punkt: „Die meisten auswärtigen Gesetze haben sich in ihren Bauvorschriften noch durch anderweitige Tendenzen leiten lassen. So enthalten sie, einer früheren Auffassung folgend, Bestimmungen, wodurch die Zweckmässigkeit des Bauplans, (welcher deshalb zur Prüfung vorgelegt werden muss), die Solidität des Gebäudes durch gewisse Mauerstärken und seine Wohnlichkeit gesichert werden soll. Der Ausschuss hat von derartigen bevormundenden Vorschriften grundsätzlich abstrahirt; dieselben würden bei konsequenter Ausführung mit der in Hamburg durchweg zu respektirenden individuellen Freiheit unvereinbar sein, und müssen in ihrer lückenhaften Willkür sich als zwecklos darstellen, indem z. B. die Haltbarkeit eines Gebäudes durch den gesetzlich nicht zu kontrollirenden schlechten Grund, auf dem es errichtet, oder durch schlechtes Material und Arbeit, in welchen es aufgeführt ist, ebenso gefährdet werden kann, wie durch eine für seine Konstruktion nicht genügende Mauerstärke.“

Die hiernach sehr geringfügige polizeiliche Einwirkung auf die Bauten wird in den §§. 11 und 61 l. c. näher bestimmt: „Spätestens 3 Werktage vor dem Beginn eines Neubaus oder einer beabsichtigten Abänderung eines Gebäudes oder der betreffenden Anlage ist auf dem Baupolizei-Bureau eine genaue schriftliche Anzeige von dem vorzunehmenden Bau etc. zu machen . . . Der Baumeister ist verpflichtet, die spezielle Anleitung unweigerlich zu befolgen, welche von der Baupolizei oder den von dieser zugezogenen Sachverständigen in Betreff der gesetzlichen Vorschriften unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse zu ertheilen ist, auch daran diejenigen Abänderungen und Umbauten vorzunehmen, welche die Erfahrung etwa beim Gebrauch ergeben sollte und deren Ausführung die Baupolizei für nothwendig erachtet. Nach Vollendung der Anlage darf dieselbe nicht früher benutzt werden, als nachdem die Genehmigung dazu bei der Baupolizei nachgesucht und von derselben nach vorgängiger Besichtigung und Prüfung ertheilt worden ist.“

### Albrecht Türschmiedt.

Das Fach der Keramik, dessen wissenschaftliche Vertretung bekanntlich äusserst schwach besetzt ist, hat in den letzten Tagen einen bedeutenden Verlust erlitten, da der in weiten Kreisen bekannte Sekretair des „Deutschen Vereins für Fabrikation von Ziegeln, Thonwaaren, Kalk und Zement“, Hr. Albrecht Türschmiedt, am Sonnabend den 14. d. M. unerwartet gestorben ist.

Der Dahingeschiedene ist im Jahre 1821 zu Berlin geboren und gehörte einer durchaus musikalischen Familie an. Sein Vater war ausübender Musiker und Musiklehrer, seine Mutter Sängerin und Lehrerin; er selbst hat sich ebenfalls in dieser Kunst versucht, ist aber immer nur Dilettant geblieben. Unschlüssig, welchem Fach er sich widmen sollte, hat er Naturwissenschaften studirt, sich dann aber wieder einem andern Fache gewidmet, da er glaubte, seinem schwächlichen Körper anhaltendes Sitzen nicht zumuthen zu dürfen. Er sollte Kaufmann werden, ging jedoch bald zu dem bekannten Meister der Töpferkunst, Feilner, in die Lehre und sammelte dort die ersten Kenntnisse in einer Technik, die gar zu oft nur als gewöhnliches Handwerk betrachtet und geübt wird. Später war er in Hermsdorf, in der jetzt Lessing'schen Ziegelei thätig und hielt sich lange Zeit bei einem Schwager in Pommern auf, diesen in der Verwaltung seiner Ziegelei unterstützend und dabei eifrig studirend. Ein Versuch, in der Nähe von Neustadt-Eberswalde selbstständig eine Ziegelei zu betreiben, scheiterte an verschiedenen Um-

ständen und befriedigte ihn nicht, da seine Mittel nicht seinen Wünschen, mehrfache Verbesserungen auszuführen, entsprachen. Während seines Aufenthalts in dortiger Gegend hat Türschmiedt in Neustadt einen Verein begründet, der technische Zwecke verfolgte und noch heute besteht und zahlreiche Mitglieder zählt.

Seitdem lebte Türschmiedt in Berlin nur seinen Studien; als das treue Bild eines deutschen Gelehrten schuf er sich eine Arbeitszelle in der Nachbarschaft der Siegesgöttin auf dem Brandenburger Thor\*), die dem bekannten Studierzimmer des Faust, wie es uns Göthe vorführt, durchaus vergleichbar ist. Hinauf zu diesem Sitz der Wissenschaft stiegen viele Hülfsuchende und wurden mit trefflichen Rathschlägen ausgestattet; er kam herab vorzutragen und seine Kenntnisse Allen preiszugeben, die ihn hören wollten, aber wie es des deutschen Gelehrten Art ist, verstand er nicht daraus Münze zu schlagen: seine persönlichen Bedürfnisse waren höchst bescheiden und darüber hinaus Geld zu verdienen, hielt er nicht für angemessen.

Aus früheren Jahren existiren von Türschmiedt's Hand mehrfache Artikel in technischen Journalen, namentlich in den Verhandlungen der polytechnischen Gesellschaft, deren eifriges Mitglied er war, und einige Brochüren über Ziegel- und Thonwaarenfabrikation; erst vor etwa 6 oder 7 Jahren nahm seine Thätigkeit eine bestimmtere Gestalt an durch die Begründung des deutschen Vereins für Fabrikation

\*) Seine Wohnung lag in dem Thurne des Hauses Pariser Platz 6a.

Diese letzteren Bestimmungen in Betreff etwaiger Abänderungen nach Vollendung des Baues kommen praktisch sehr wenig zur Geltung. Die absolute Freiheit der Bewegung, welche hiernach in Hamburg herrscht, ist mit Rücksicht auf den riesigen Brand, der erst 20 Jahre vor dem Erlass dieser Bauordnung die halbe Stadt in Asche legte, um so mehr zu bewundern.

Wir sind prinzipiell durchaus keine Freunde dieser bis auf die Spitze getriebenen baulichen Willkür des Einzelnen, auch wenn die mildernde gesetzliche Haftpflicht des Bauherrn derselben gegenübersteht. Vielmehr bedarf offenbar gerade diese Seite der menschlichen Thätigkeit einer beständigen eingehenden Kontrolle der öffentlichen Gewalten. Die detaillirten Vorschriften der Mauerstärken nach umständlichen Tabellen für jede Höhe und jede Länge, wie sie die Londoner Akte giebt, sind auch nach den jetzigen Erfahrungen der Technik ein überwundener Standpunkt. Hier hat die neue Bauordnung — wie wir besonders hervorheben müssen — den richtigen Weg einzuschlagen angefangen, indem sie im § 95 für die Belastung der Baumaterialien, und zwar für Ziegelmauerwerk in Kalk, in Zement, Kiefernholz, Schmiede- und Gusseisen, nach Zug und Druck, genau spezialisirte Grenzen pro  $\square^m$  als „in der Regel“ einzuhalten festsetzt. Auch die Belastungs-Maxima des  $\square^m$  guten Baugrunds und des  $Kb^m$  Mauerwerks sind genau vorgeschrieben, und zwar nach allgemeinen für alle Gebäude gültigen Regeln. Wenn es dann weiter heisst, dass „überall, wo Abweichungen von diesen Normen beabsichtigt werden, dies nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Polizei-Präsidiums zulässig ist“, unbeschadet der wieder besonderen Konsens-Ertheilung, so ist damit offenbar das Gute etwas zu viel gethan. Wir möchten uns den Vorschlag erlauben, bei der leider vorläufig nicht zu umgehenden Beibehaltung der Konsense, für gewöhnliche Wohngebäude-Projekte die ausdrückliche Bestimmung zu treffen, dass wenn bei denselben die obigen Belastungsgrenzen und die übrigen besonders namhaft gemachten polizeilichen Bestimmungen gewahrt sind, dem Bauherrn ein klagbares Recht auf Konsens-Ertheilung zusteht. Bei allen anderen, zu gewerblichen und sonstigen Zwecken bestimmten Gebäulichkeiten kann dann der reine, je nach dem pflichtmässigen Ermessen der Behörde zu genehmigende oder zu versagende Baukonsens eintreten.

Es würde — sagt der Magistrat — die Sache der auf der Höhe der Bauwissenschaft stehenden und des freiesten Ueberblicks über die gegenwärtige Entwicklung der Bautechnik in unserem Vaterlande geniessenden Männer — über deren Kräfte die Zentralverwaltung des Staats disponirt — sein, zu bestimmen, wo für die heimischen, insbesondere für die Zustände der Residenz die Grenze zwischen den gewöhnlichen und den exceptionellen Bauten zu ziehen sei, in Beziehung auf welche Konstruktionsmethoden, Materialien etc. Wissenschaft und Technik bereits zu so feststehenden Resultaten gelangt sind, dass aus denselben die Zulässigkeit fester und gesetzlicher Normen gefolgert werden darf.“ Für entschieden verderblich müssen wir die schablonenmässige gleiche Behandlung aller Gebäulichkeiten in einer Grosstadt

halten. Der Gesetzgeber muss hierbei von einem Zustande, als einem normalen, durchschnittlich gültigen ausgehen, den wir schon für einen abnormen, möglichst zu vermeidenden erklären müssen. Das nach der jetzt üblichen raffinitesten Manier ausgebaute Grundstück mit Vorder-, Seiten- und Quergebäude, 6 Schichten menschlicher Wohnungen übereinander gethürmt, zwischen und unter denen sich Werkstätten und Fabriklokale befinden, ist die gedachte „Regel“, von deren Vorhandensein eben die Nothwendigkeit solcher allgemeinen doktrinären Bestimmungen abhängt. Es würde eine dankenswerthe Aufgabe der Baupolizei sein, durch zweckmässige Anordnungen, namentlich günstigere Behandlung reiner Wohngebäude, eine Entmischung derselben von den gewerblichen Etablissements herbeizuführen. Der Verlauf wird lehren, dass gerade die Rücksicht auf die Kombination aller möglichen Zwecke menschlicher Thätigkeit unter einem Dache die Veranlassung zur Aufnahme einiger zu rigoroser Bestimmungen, namentlich in Betreff der Feuergefährlichkeit gewesen ist. Es ist Sache des Gesetzgebers, durch passende Bestimmungen gerade diejenigen Erscheinungen unbewusst aus dem Leben hervorzurufen, die er als die besten erkannt hat. Eine weise Baupolizei kann in dieser Beziehung ausserordentlich viel Gutes thun. Aber leider ist diese Seite der Betrachtung bisher ein völlig unbetretenes Gebiet gewesen.

Unter den einzelnen Modalitäten der Nothwendigkeit der Einholung eines Baukonsenses wollen wir nicht unterlassen, mit Anerkennung hervorzuheben, dass die neue Bauordnung im §. 1 sub 4 „alle Gegenstände des inneren Ausbaues mit Ausnahme neuer Feuerungen und der Fundirung solcher, welche den Bestimmungen dieser Bauordnung nicht entsprechen“ von dem Konsense befreit. Es ist hierdurch manchen lästigen Einmischungen ein Ende gemacht. Die eximirt Behandlung der Feuerstellen ist durch den Art. 368 sub 3 des neuen deutschen Strafgesetzbuchs nothwendig gemacht, welcher bestimmt, dass „mit Geldbusse bis zu 20 Thlrn. oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft wird, wer ohne polizeiliche Erlaubniss eine neue Feuerstätte errichtet, oder eine bereits vorhandene an einen anderen Ort verlegt.“ Diese Bestimmung hat auch für die Städte Kraft, wo polizeiliche Konsense nicht existiren, z. B. Hamburg, weshalb eine besondere Bekanntmachung in dieser Beziehung erlassen werden musste. Wenn unter No. 5 die Errichtung und Veränderung von Grenzzäunen, welche nicht an einer Strasse liegen, abweichend von dem früheren Verfahren gleichfalls von der Nothwendigkeit der Einholung des Konsenses befreit sind, so ist das auch nur als ein Fortschritt anzuerkennen, weil das die polizeiliche Thätigkeit auch nicht im Entferntesten berührt. Grenzstreitigkeiten gehören vielmehr lediglich vor den Richter.

Für sehr bedenklich halten wir dagegen den § 7, wonach das Polizei-Präsidium in jedem beliebigen Fall die ganze oder theilweise verantwortliche Ausführung eines Baues durch einen geprüften Baumeister verlangen kann. Dies ist das Mittel, durch welches man möglichen Gefahren — nach Aufhebung der Meisterprüfungen — vorbeugen

von Ziegeln, Thonwaaren etc., in welchem er das Amt eines Sekretärs mit der Arbeit als Redakteur des Vereins-Notizblattes verband.

Treuer unermüdlicher Fleiss war der Hauptzug seines Charakters: unausgesetzt sammelte er für den Verein und für das Notizblatt, wobei ihm seine Bekanntschaft mit alten und neuen Sprachen trefflich zu Statten kam, und unter Hinzufügung seiner eigenen Beobachtungen kam so ein Journal zu Stande, welches in dem Spezialfach der Keramik unübertroffen, viele, recht viele Kenntnisse, Erfahrungen und Resultate dem aufmerksamen Leser bietet und seit seinem Bestehen manchem anderen Autor zur bequemen Quelle gedient hat. Ohne Zweifel war es ein schweres Unternehmen, für ein Publikum, welches zum grossen Theil nur handwerksmässig arbeitet, dem Althergebrachten und von den Vätern Geglauten abergläubisch anhängt, namentlich naturwissenschaftlicher Kenntnisse entbehrt, belehrende Artikel zu schreiben. Unser Türschmied hat diese Aufgabe sehr glücklich gelöst und sich damit ein nicht hoch genug anzuschlagendes Verdienst um die Fortschritte der gesammten Keramik erworben; wenn seine Auseinandersetzungen auch oftmals an Breite litten, so war doch seine Schreibweise so eigenthümlich populär, wie sie selten einem Schriftsteller gegeben ist.

Nebenbei übte Türschmied über alle litterarischen Erscheinungen auf dem Gebiete der Keramik eine strenge Kritik, die ihm manche Anfeindung zugezogen hat. Belesen in allen sein Fach behandelnden Werken, wurde es ihm nicht schwer, seine Aussprüche durch zahlreiche Zitate zu bekräftigen,

andererseits war er nie so schroff, dass er — wie man ihm vielfach Schuld gegeben — keine andere Ansicht neben der seinigen geduldet hätte.

In den letzten Jahren hat er seine Kräfte auch noch der „Töpfer- und Ziegler-Zeitung“ gewidmet, einem Unternehmen, das noch schwieriger als das vorher erwähnte sein musste, weil der Leserkreis wie der zu bearbeitende Stoff weit eingeschränkter war. Der Vorschlag, der ihm öfter gemacht wurde, seine vielfachen Kenntnisse in einem geschlossenen und geordneten Werke niederzulegen, fand nie seinen Beifall; er behauptete, einer solchen Aufgabe nicht gewachsen zu sein.

In den Kreisen, in welchen Türschmied thätig war, wird sein Tod noch lange als unausfüllbare Lücke empfunden werden; sein Privatleben bestand, da er nicht verheirathet war, in der Verbindung mit seiner Schwester und deren Familie, im Uebrigen war er der einsame Mann der Wissenschaft, der Rücksicht auf seinen schwächlichen Körper zu nehmen hatte und deshalb neben der Arbeit nur der Kunst, der bildenden und rezitirenden, ein hohes Interesse widmete. Seine spezielleren Freunde wussten einen unversieghchen Humor an ihm zu schätzen. — Der Tod, der durch eine akute Mandelbräune herbeigeführt wurde, traf ihn bei der Arbeit, die er diktirend vollbrachte: so ist auch das letzte Bild, das der Nachwelt von dem Verbliebenen bleibt, das eines deutschen Gelehrten!

Lämmerhirt.

wollte. Es ist also hier indirekt ein Prüfungszwang höherer Potenz wieder eingeführt, der um so schlimmer wirkt, als die Einführung desselben im einzelnen Fall lediglich von dem Belieben eines Baupolizei-Beamten abhängt. Wir sollten meinen, dass man dieser Bestimmung vollkommen entbehren kann, da doch wohl überall, wo die Nothwendigkeit vorliegt, höhere Qualifikationen ganz von selbst vorgeführt werden. Glaubt man aber für die wenigen, allerdings denkbaren Ausnahmefälle die Möglichkeit einer solchen Remedur beibehalten zu müssen, so sollte man doch wenigstens die Fälle, in denen diese Forderung polizeilich gestellt werden kann, mehr einschränken. Würde unser Vorschlag der prinzipiell verschiedenartigen Behandlung der gewöhnlichen und exceptionellen Bauten akzeptirt, so könnte dann eine ähnliche Forderung höchstens bei letzteren geduldet werden. Wird aber jene Unterscheidung nicht gemacht, so muss wenigstens hinzugefügt werden, dass ausschliesslich bei neuen und ungewöhnlichen Konstruktionen und Materialien ein solches Verlangen erhoben werden kann.

Im § 10 sind die von Staatsbehörden auszuführenden Bauten von einer baupolizeilichen Erlaubniss ausgenommen. Hier ist nur eine Mittheilung der Bauzeichnungen und eine Anzeige von dem Beginn des Baues vorgeschrieben. Wir können uns nur damit einverstanden erklären, dass Baupläne, die vielleicht im Handelsministerium ausgearbeitet sind, nicht erst noch einer untergeordneten Behörde zur Prüfung der Solidität der Konstruktionen vorgelegt werden, möchten aber diese Bestimmung auf alle öffentlichen

Bauten ausgedehnt wissen. Dies Misstrauen gegen die Gemeindebehörden ist doch wahrlich sehr ungerechtfertigt. Sodann ist es der Koordination beider Instanzen jedenfalls nicht angemessen, in allen baulichen Angelegenheiten den technischen Beirath der einen zum unbedingten Vorgesetzten der technischen Räte der andern zu machen. Die Königlichen Behörden sollten sich doch daran erinnern, dass der erste Anstoss zu einer reicheren und würdigeren Ausstattung der öffentlichen Gebäude in Berlin lediglich von der Kommune ausgegangen ist, und dass trotz der vielfachen Angriffe, welche die kommunalen „Schulpaläste“ bei dem biedereren Philister gefunden haben, das entschieden anerkanntswürthe Bestreben fortdauernd herrscht, die kommunalen Bauten in einer einfachen Würde und einer über allen Zweifel erhabenen Solidität herzustellen. Wenn mit dem Rathhaus nicht einmal wieder nach langer Zeit der Anfang zu monumentalen Bauten ersten Ranges gemacht worden wäre — zu einer Zeit, wo die neueste Entwicklung noch lange nicht begonnen hatte — würde man bei den neueren Staatsbauten vielleicht noch die alten Traditionen dürftiger Sparsamkeit beibehalten haben. Es sei gestattet, hierbei daran zu erinnern, dass die monumentale, durch die ganze Anlage des Baues nothwendig bedingte Freitreppe vor dem Hauptportale des Rathhauses in der Königsstrasse, welche einen kleinen Theil des mit Hunderttausenden freigelegten Vorplatzes einnimmt, zuerst keine Gnade vor dem Kgl. Polizei-Präsidium gefunden hatte und im Interesse des Verkehrs gestrichen werden sollte (!) —

(Fortsetzung folgt).

### Ueber die abgekürzte Bezeichnung der Metermaassgrössen.\*)

Die bevorstehende Einführung des Metermaasses hat schon zu wiederholten Malen Erörterungen über die zu wählenden abgekürzten Bezeichnungen für Druck und Schrift zur Folge gehabt, und haben verschiedene Fachgenossen sich bemüht, theils unter Anschluss an die üblichen französischen Benennungen, theils willkürlich, Buchstaben oder Züge zu erfinden, welche mit der Schreibfeder deutlich und bequem zu bilden sind. Dem Vernehmen nach wird auch die Zentralstelle für das Aichwesen des Deutschen Reiches mit der Feststellung von Bezeichnungen dieser Art sich beschäftigen.

Es scheint nun das französische System der Benennungen an einem Grundübel zu leiden, welches bei den bisherigen Besprechungen unter uns Technikern m. W. noch nicht hervorgehoben ist und welches alle Abkürzungen wesentlich erschwert. Dieses Uebel besteht in der geringen Anzahl der zu Grunde gelegten Wurzelwörter, oder der unabhängigen resp. willkürlichen Bezeichnungen, durch welchen Mangel die Nothwendigkeit der Beifügung von Zahlwörtern veranlasst wird; ferner in der Wahl der Zeitwörter aus der griechischen und lateinischen Sprache, je nachdem es sich um Vielfache oder Bruchtheile handelt. So erhielt man Namen, die wie Dekameter und Dezimeter trotz ihrer Länge nur schwer zu unterscheiden sind und die eine Abkürzung beim Schreiben sehr erschweren. Zu diesem Hauptübel kommt noch ein anderes, welches allen neueren Maasssystemen gemein ist, nämlich die Benutzung der mit Vorsetzung der Worte Quadrat und Kubik gebildeten Benennung von Flächen- und Körpermaass-Einheiten.

Es sei gestattet, diese Behauptungen zu begründen. Das französische System der Benennungen weist einige unabhängige Grundwörter für die Einheiten der Linien-, Flächen-, Körper- und Gewichtsgrossen auf; es kennt Mètre, Are, Litre und Stère, Gramme und Tonne. Konsequenter wäre es nun gewesen, bei der Bezeichnung der Grössen durchweg in derselben Grössenkatégorie zu bleiben, das heisst alle Flächen durch Are (oder ein entsprechend kleineres Grundmaass) und alle Körpergrössen durch Litre und Stère zu bezeichnen. Hier ist man aber offenbar vor der Anwendung von Zahlwörtern, die zu gross hätten werden müssen, zurückgeschreckt; man hätte, um 1 Quadratzentimeter in Are auszudrücken, sagen müssen „deciescentnamilliare“ und so kam man darauf, die Hilfsbezeichnungen „quadrat“ und „kubik“ für Flächen- und Körpergrössen mit einzuführen.

Im Grunde genommen, ist sowohl die Vorsetzung eines Zahlwortes wie die der Wörter quadrat und kubik weiter nichts als eine Art Rezept, wie sich die Vernunft die Vorstellung eines Zentimeters oder Quadrat- und Kubikmeters aus einem (Längen-) Meter anfertigen könne; als selbstständige Benennungen können diese Namen nicht angesehen werden. Sie werden erst dazu, wenn mit der Zeit ihr Ursprung oder ihre Zusammensetzung durch Abänderung unkenntlich geworden sein und gar nicht mehr empfunden werden sollte.

Die Methode an sich nun, Wörter zusammenzusetzen, um

mit Hilfe solcher Zusammenstellungen neue Formen etc. zu bezeichnen, ist entschieden unökonomisch. Wenn Kürze eine Hauptanforderung an jedes Wort ist, so ist klar, dass man durch Kombination von Buchstaben mehr erreichen können, als durch Kombination von Wörtern;  $n$  Buchstaben lassen dieselbe Kombination zu wie  $n$  Wörter. Der Nutzen, den Zusammenstellungen von Wörtern in mnemotechnischer Beziehung dem Anfänger gewähren, ist gewiss nicht ausreichend, um dieselben für die Dauer willkommen zu machen, sie sinken so zu sagen zu stehenden Witzen herab.

Die unabhängigen Wörter einer Sprache, wie z. B. der deutschen, sind entschieden in weit grösserer Anzahl vorhanden als nöthig wäre, wenn man soviel wie möglich der Zusammenstellungen sich bedienen wollte; die Sprache greift sogar oft eher zu einem Fremdwort als zu einer Zusammensetzung, und die wohlgemeinten Bestrebungen von Sprachreinigern auf dem Wege der Zusammensetzungen (z. B. Glimmstengel, Gesichtserker, Beagsteinkräftigungs-Rüstzeug\*) statt Zigarre, Nase, Elektrisir-Maschine) erzielten Nichts; ihre neuen Namen werden nicht volksthümlich, weil sie nicht genau, kurz, wohlklingend sind.

Ganz handgreiflich ist dies bei den landesüblichen Benennungen von blossen Quantitäten, wie Maass, Gewicht und Münze der Fall; wir sagen nicht Dutzendfuss, sondern Ruthe; das Wort Zentner ist neueren Ursprungs; statt dessen hatte man bisher Last, Schiffspfund, Liespfund, Stein etc., wie man jetzt auch den unabhängigen Namen Tonne statt 1000 Kilogramm eingeführt resp. nur den englischen herübergenommen hat. Die französischen Benennungen der Vielfachen von Metermaasseinheiten sind nun entschieden die letzten, die eine Aussicht haben, volksthümlich zu werden, auch Jules Favre hat nicht gerufen: „kein Zentimeter breit unseres Bodens“.

Man muss sich hüten, die glänzenden Vortheile eines einheitlichen dezimalen Weltmaasses als von den Bezeichnungen, die die Franzosen erfunden haben, unzertrennlich anzusehen, und sich freuen, wenn die deutschen Gesetzgeber uns von letzteren theilweise befreit und frischweg wenigstens einige deutsche Namen wie Kette, Zoll, Strich, Loth, Fuss etc. eingeführt haben.

Mich dünkt nun, man hätte weiter gehen und alle Namen von Grössen, die unter Umständen als Einheiten dienen müssen, ganz unabhängig von einander bezeichnen, sodann namentlich die Einheiten des Flächen- und Körpermaasses in keinem Falle durch Beifügung von Quadrat und Kubik an das Längenmaass so zu sagen hängen sollen. Um einige Beispiele anzuführen, so könnte man statt Quadratmeter Tafel sagen. Ein Flächenmaass Tavola\*\*) = 1 passo quadrato, also ein Quadratschritt existirt in Treviso. Ebenso könnte man statt Kubikmeter, wenn man nicht, wie es scheint, besser das bereits vorhandene Stère annehmen will, Kasten sagen (in Hessen-Darmstadt = 625 Liter), statt Quadratzentimeter und Quadratmillimeter: Plan und Punkt. Eine derartige weitere Verfolgung des guten Prinzips, welches in der Zulassung der Benennungen Neuzoll und Strich im deutschen Gesetz zu Tage getreten ist, würde von grossem Nutzen für die Einbürgerung des Metermaasssystems begleitet sein. Dass das Königreich der Niederlande in dieser Hinsicht noch weiter gegangen ist, als bisher Deutschland, muss nebenher erwähnt werden.

Wäre es nun aber nicht wünschenswerth, dem Metersystem

\*) Bei den Verhandlungen über diese Frage, welche auf Grund der für die Delegatenkonferenz des Verbandes deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine in Aussicht genommenen Berathung und Beschlussfassung in den meisten Vereinen vorher noch erfolgen dürfte, glauben wir auch einer Ansicht, welche das zu lösende Problem auf einem ganz anderen Wege zu erstreben versucht, Gelegenheit geben zu müssen, sich geltend zu machen. Dass sie durchdringen könnte, glauben und wünschen wir nicht, trotzdem die Wahrheit vieler Gesichtspunkte ganz unverkennbar erscheint; denn es hiesse das zunächst doch nur die des Abschlusses dringend bedürftige Angelegenheit wiederum ad calendas graecas vertagen.

(D. Red.)

\*) Aus Agtstein = Bernstein = Elektron.

\*\*) vfr. Hoffmann, Zeiger. Berlin bei Wiegandt.



damit die universelle Verbreitung zu erleichtern, dass man seine ursprünglichen und allen Sprachen mehr oder weniger gleich zugänglichen Bezeichnungen einfach mit hinnimmt?

Man sollte glauben, dass man der Einbürgerung des Metermaasses als eines Weltmaasses durch diese Beibehaltung aller von den Franzosen erfundenen Bezeichnungen einen wesentlichen Vor- schub nicht leisten kann, sobald eine solche Einbürgerung in einem einzelnen Sprachgebiet oder Lande durch eben diese Bezeichnungen erschwert wird. Wird man daher wahrscheinlich auf die Einführung gleicher Laute oder Wörter als Namen der Einheiten verzichten müssen, so ist es dagegen sehr wohl er- reichbar, feste Zeichen, Buchstaben oder Monogramme für die Einheitsgrössen einzuführen. Wenn man bedenkt, dass der Buch- stabe d (von denarius) in England wie in Deutschland als Pfen- nig resp. penny gelesen wird, dass das Zeichen  $\mathcal{L}$  = lb = libra überall Pfund bedeutet, so ist eine Nothwendigkeit, die Zeichen aus den Lauten zu bilden, nicht vorhanden, denn die ursprüng- liche, hier angedeutete Grundlage des Zeichens kommt heute nicht mehr zum Bewusstsein. Wollte man den Bezeichnungen einen festen Zusammenhang mit den Hauptsprachen möglichst sichern, so scheint dies nicht ausgeschlossen; es bietet hier die

lateinische Sprache einen willkommenen gemeinschaftlichen Boden, und sind die obigen Beispiele Tafel, Plan und Punkt mit Rück- sicht hierauf gewählt. Gewiss liessen sich noch weit bessere Wörter auffinden.

Man kann aber auch, wie ebenfalls angegeben, Monogramme nehmen, an deren Form ihr Ursprung gar nicht mehr kenntlich ist und deren Bedeutung ganz und gar auf Uebereinkunft be- ruht; man würde damit genau so verfahren, wie alle zivilisirten Völker bei Aufnahme der arabischen Ziffern in ihre Sprachen verfahren sind. Hier müssten Sprachkundige von Fach und Handelslehrer hinzugezogen werden, um Zeichen zu schaffen, resp. aus dem grossen Schatze vorhandener Zeichen und Schrift- züge auszuwählen.

Sollte schliesslich das „Schuster bleib bei deinem Leisten“ hier stellenweise überschritten sein, so möge das Interesse, das gerade ein Bautechniker nothgedrungen an Quadratcentimetern nehmen muss, als Entschuldigung dienen.

Dresden, den 14. Oktober 1871.

Köpcke  
Regierungsrath, Professor an der  
Polyt. Schule in Dresden.

### Die Pfosten-Eisenbahn.

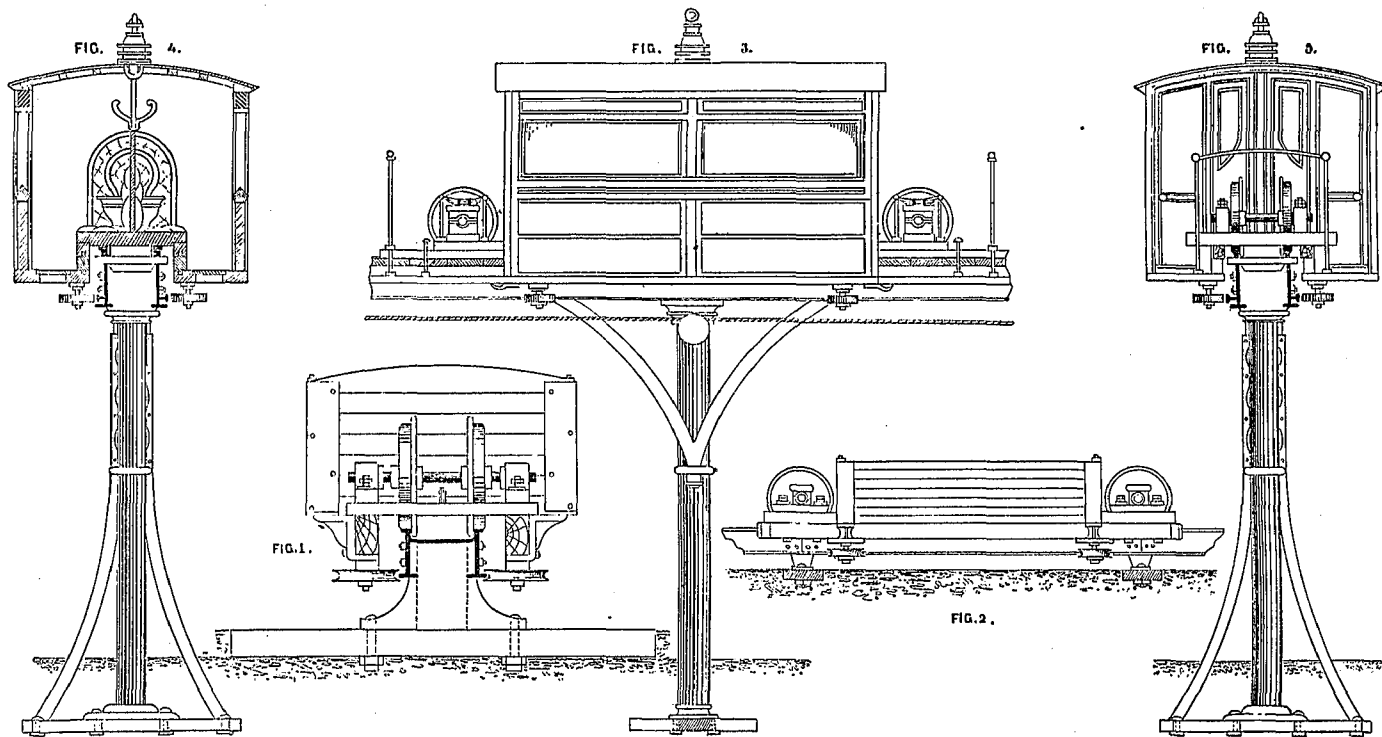


Fig. 1. Querschnitt einer Pfosten-Eisenbahn zum Materialbetrieb auf niedrigen Stützen. Fig. 2. Längenschnitt derselben im halben Maassstabe. Fig. 3. Längenschnitt einer Pfosten-Eisenbahn zum Personenbetrieb auf hohen Stützen. Fig. 4 u. 5. Querschnitte derselben.

Unsere neulichen Mittheilungen über die Seiltransportbahn nach von Dücker's System haben bei mehreren unserer Leser den Wunsch veranlasst, auch weitere Nachrichten über die tech- nischen Fortschritte zu erhalten, welche bei Anlage schmal- spuriger Eisenbahnen gemacht worden sind. Neuere Notizen über Ausführungen dieser Art, insbesondere über die Anwendung neuer Systeme, sind uns nicht bekannt geworden; wir nehmen indessen Gelegenheit, nachträglich noch eine Darstellung einer in England ausgeführten und von Mr. Fell empfohlenen schmal- spurigen Eisenbahn zu bringen, welche wir nach einer vor Jah-

resfrist im Engineer erschienenen Mittheilung bereits in No. 46 S. 373 Jhrg. 70 uns. Ztg. beschrieben haben. Dieselbe veran- schaulicht einen charakteristischen Typus der sogenannten Pfosten- oder Pfeiler-Eisenbahnen. Ob sie im Verlaufe ihrer Benutzung sich bewährt oder den auf sie gestellten Erwartungen ebensowenig entsprochen hat, wie die in No. 23 S. 189 Jhrg. 70 uns. Ztg. beschriebene Pfeiler-Eisenbahn in New-York, ist uns nicht bekannt; ebensowenig ob mittlerweile die nach diesem System noch anderweit projektirten neuen Bahnlinien zur Aus- führung gekommen sind.

### Mittheilungen aus Vereinen.

**Architekten- und Ingenieur-Verein in Böhmen.** In der Wochen-Versammlung am 7. Oktober l. J. gab Herr Professor Gustav Schmidt eine ausführliche Skizze der Wiener Wasser- leitung, welche einen 12 1/4 Meilen langen Aquadukt, drei Reser- voir mit zus. 257000 Eimern Inhalt (wahrscheinlich noch ein viertes für die nieder gelegenen Stadttheile) und ein Röhren- netz von der Gesamtlänge von 43 Deutschen Meilen erhalten und einen Aufwand von ca. 17 Millionen Gulden erfordern wird. Redner besprach desgleichen die eingetretene Röhrenkalamität.

In der Wochenversammlung am 14. d. leitete Herr Präsident Architekt Alois Turek eine Diskussion über die verschiedenen Hilfsmittel bei Baulichkeiten ein, an der sich sämtliche zahl- reich anwesenden Mitglieder lebhaft beteiligten.

**Ostpreussischer Ingenieur- und Architekten-Verein.** 2. Generalversammlung am 7. Oktober 1871. Vorsitzender: Herr Herzbruch; Schriftführer Herr Leiter.

Nach Erledigung der geschäftlichen Mittheilungen wurde be- schlossen, die erste Sommer-Versammlung stets im Mai oder Juni, die zweite im August und die dritte Winterversammlung im Oktober oder November jeden Jahres zu halten. Für die Versammlung im Mai nächsten Jahres wurde eine Exkursion an

den Oberländischen Kanal in Aussicht genommen. Hierauf fasste man den einstimmigen Beschluss, sich dem Verbands deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine anzuschliessen, und beauf- trugte den Vorstand, in der zu berufenden Abgeordneten-Versam- lung den Verein durch einen Abgeordneten vertreten zu lassen.

Vom Vorsitzenden wurde weiter mitgetheilt, dass die hiesigen Vereinsmitglieder sich dahin geeinigt hätten, an jedem ersten Sonnabend im Monat, Abends 7 Uhr, im Deutschen Hause Mo- nats-Versammlungen zu halten; derselbe sprach zugleich die Hoffnung aus, dass auch auswärtige Vereinsmitglieder recht häu- fig diese Versammlungen besuchen möchten.

Durch Ballotement wurden dann als neue Mitglieder aufge- nommen: Baurath Lettgau in Labiau, Bauführer Sennbritzki in Wehlau und Privatbaumeister Becker in Liebmühl.

Schliesslich wurden folgende Vorträge gehalten:

1. Baumeister Mohr: Ueber den König Wilhelms-Kanal.
  2. Baurath Steenke: Ueber Zementdächer und Béton-Ver- wendung im Allgemeinen, woran sich eine lebhaft Diskus- sion über Dachdeckungen überhaupt anschloss.
  3. Baumeister Nöring: Ueber Verwendung von Wasserglas.
- Am Schluss der Versammlung um 1 1/2 Uhr vereinigte man sich zu einem einfachen Mittagessen, machte dann eine Exkur-

sion durch die Stadt, wobei Bauplätze auf dem Licentbahnhof und die Hebeammenanstalt besucht wurden, und fand sich am Abend beim Glase Bier in gemüthlicher Unterhaltung zusammen. — H. —

#### Architekten-Verein zu Berlin.

Eine auf Sonnabend den 14. Oktbr. 1871 Nachmittags 4 Uhr ergangene Einladung zur Besichtigung des provisorischen Reichstagshauses vereinigte neben zahlreichen nicht zum Verein gehörigen Gästen den grössten Theil der Berliner Mitglieder desselben (nach oberflächlicher Zählung 255 M.) in den nunmehr bis auf einige ganz unwesentliche Ausrüstungen fertig gestellten Räumen, welche zwei Tage darauf die deutsche Volksvertretung empfangen sollten. Nach der ausführlichen Schilderung, welche wir dem Hause in No. 39 d. Bl. gewidmet haben, ist eine Beschreibung desselben nicht weiter nöthig, und höchstens der Eindrücke, welche uns der früher nur im Stadium des Entstehens besuchte Bau nunmehr in seiner Vollendung gewährte, wollen wir mit einigen Worten gedenken.

In Betreff seiner Zweckmässigkeit wird die bevorstehende Benutzung erst ein definitives Urtheil erlauben, dem vorzugreifen bedenklich sein möchte. Indessen glauben wir doch schon jetzt als wahrscheinlich annehmen zu können, dass die Abgeordneten und Bundesrathsmglieder von den für sie geschaffenen neuen Zuständen im Allgemeinen ebenso befriedigt sein werden, wie das auf die Tribünen angewiesene Publikum seine Unzufriedenheit mit denselben äussern dürfte. Um zum Mindesten den Journalisten keinen Grund zur Klage zu geben, hat man bereits einen Theil der vordersten Plätze auf der für das Publikum bestimmten grossen Tribüne für diese eingerichtet. Die Beleuchtung der Räume, sowohl bei Tage wie bei Abend, speziell die des grossen Saales dürfte allen billigen Wünschen entsprechen und auch in Betreff der Akustik schien die Probe, zu welcher die während dieses Besuchs zum ersten Mal erfolgte Anwesenheit einer grösseren Menschenzahl Veranlassung gab, zu den besten Erwartungen zu berechtigen. Sowohl die Ansprache, mit welcher Hr. Ende von der Rednertribüne aus den Männern, welche an der Spitze dieses Baues gestanden, die freudige Anerkennung ihrer Fachgenossen und den Dank des Vereins für ihre Einladung aussprach, wie die dankende Antwort, mit welcher Hr. Gropius eine Erwiderung vom Platze ergehen liess, waren in allen Theilen des Hauses aufs Vollkommenste verständlich.

Von besonderem Interesse war für die Fachgenossen neben der Disposition der Räume auch ihre Ausstattung und Dekoration. Wir haben früher bereits hervorgehoben, dass dieselbe mit besonderer Vorliebe behandelt worden ist, und können jetzt konstatiren, dass sowohl deren Einzelwirkung, wie der sich hieraus ergebende Gesamteindruck ein ebenso anziehender wie würdevoller ist und dem feinen Farbengefühle des Meisters der sie geschaffen — soviel uns bekannt, sind dieselben vorwiegend das Werk des Professor Gropius — auf's Neue ein glänzendes Zeugnis ausstellt. Selbstverständlich müssen auch hier die Schwierigkeiten der Aufgabe in Rechnung kommen, welche eine Entscheidung bedingten, während der zu dekorirende Raum meist erst im Entstehen begriffen war und auch seine weitere Ausstattung noch nicht in Berücksichtigung gezogen werden konnte. Unter letzterem Umstande hat leider das Hauptschmuckstück des Hauses, der Sitzungssaal des Bundesrathes, gelitten, in welchem das Grün des Teppichs und des Tisches die feine Farbenharmonie der Decke und Wände entschieden beeinträchtigen; der erstere hat es wohl ganz von selbst mit sich gebracht, dass viele Farben in dem fertigen Raume matter und gedämpfter erscheinen, als sie in der angesetzten Probe beabsichtigt waren. Indessen passt die einheitliche ernste und gemässigte Farbenstimmung, die in sämtlichen Räumen herrscht, für den Zweck des Hauses ungleich besser, als wenn in der Dekoration glänzendere Effekte vorwalteten. Für das „Architektonische Skizzenbuch“ werden sie jedenfalls das Material zu einer langen Serie von Publikationen darbieten.

In der auf diese durch mehr Stunden ausgedehnten Besichtigung folgenden Vereins-Sitzung, welcher Hr. Boeckmann präsidirte, hatte sich die Anzahl der Theilnehmer auf 155 Mitglieder und 5 Gäste vermindert.

Der Hr. Vorsitzende theilte mit, dass der Berliner Magistrat in Erwiderung des ersten ablehnenden Schreibens des Vorstandes ausdrücklich eine Zeit von 4 Wochen als die Frist bezeichnet habe, innerhalb welcher eine Aeusserung des Vereins über die neue Bauordnung auch noch nach dem 1. Oktober willkommen sein werde und bei den Beratungen der Städtischen Behörden Berücksichtigung finden könne. Die in voriger Sitzung gewählte Kommission, in welche nach erfolgter Ablehnung des Hrn. Schwatlo Hr. R. Neumann als fünftes Mitglied eintreten wird, hofft bis dahin ihre Arbeit vollendet zu haben.

Zu einer eingehenden Diskussion gab ein Schreiben Veranlassung, welches der Kommandeur der oberschlesischen Division der Preussischen Armee an den Verein gerichtet hat. Es ist Absicht, für die Gefallenen der Division ein gemeinsames Denkmal an einem geeigneten Punkte der Festung Neisse zu errichten, und sind zu diesem Zwecke bis jetzt 2300 Thlr. gesammelt. Da es bekannt geworden ist, dass im Berliner Architektenverein bereits Entwürfe für ähnliche Aufgaben angefertigt worden sind, so ergeht an denselben die Anfrage, ob und unter welchen Bedingungen er geneigt sei, auch die Beschaffung des Entwurfs für diesen Fall zu übernehmen. — Von mehreren Vereinsmitgliedern wurden Bedenken dagegen ausgesprochen, dass ein solcher Auftrag, der leicht noch eine ganz unabsehbare Kette ähnlicher

anderer im Gefolge haben könne, von dem Vereine in der Weise, wie jüngst die Arbeit für das 20. (Berliner) Regiment übernommen werde, da es einmal ein Opfer für den Verein sei, seinerseits die Prämiirung der in der betreffenden Konkurrenz ausgezeichneten Projekte zu bewirken, andererseits aber fraglich erscheine, ob gerade diejenigen Mitglieder, deren Betheiligung in diesem Falle vorzugsweise wünschenswerth sei, geneigt sein würden, eine derartige Konkurrenz auf solche Bedingungen hin einzugehen; es wurde dementsprechend beantragt, dass der Division, die offenbar auch etwas Aehnliches für selbstverständlich halte, auf ihren Antrag geantwortet werden möge, dass der Verein zum Zwecke der Gewinnung eines geeigneten Entwurfs eine Konkurrenz unter seinen Mitgliedern veranstalten wolle, es aber anheimstelle, für den besten Entwurf einen Preis nach Maassgabe der Hamburger Norm auszusetzen. — Dementgegen wurde hervorgehoben, dass es Pflicht und Ehrensache des Vereins sei, derartige Wünsche so lange in der bisher üblichen Weise zu erfüllen, als jene Befürchtungen, die für entschieden übertrieben gehalten wurden, sich nicht bewahrt hätten. Angenommen wurde schliesslich ein Vermittelungsvorschlag, wonach der Division die volle Bereitwilligkeit des Vereins ausgesprochen werden soll, für den von ihr beabsichtigten Zweck ein Programm aufzustellen und eine Konkurrenz unter den Vereinsmitgliedern zu veranstalten, es ihr indessen anheimzustellen ist, mit dem Verfasser des zur Ausführung bestimmten Projekts die Bedingungen zu vereinbaren, unter welchen er dieselbe genehmigen und die hierfür noch erforderlichen Arbeiten übernehmen will.

Hr. Lämmerhirt zeigte mit einigen Worten den am Nachmittage desselben Tages erfolgten Tod des als Autorität auf dem Gebiete der Keramik bekannten Herrn Albrecht Türschmiedt an, der zwar dem Vereine nicht angehört hat, durch sein ausserordentliches — augenblicklich durch keine andere Person zu ersetzendes — Wirken sich jedoch eine ehrenvolle Erinnerung bei vielen Mitgliedern gesichert hat.

Es folgte hierauf der von Hrn. Assmann angekündigte Vortrag über den von ihm aufgestellten Entwurf der neuen Bauordnung für Berlin. In einer kurzen Einleitung präzisirte der Redner zunächst die Aufgabe einer Bauordnung als die Festsetzung derjenigen Beschränkungen, welchen die Baufreiheit des Einzelnen zum Besten des Gemeinwesens unterworfen werden muss. Als nöthig sind derartige Beschränkungen stets anerkannt worden; das gesetzliche Fundament für dieselben bildet in Preussen der Titel 8 des Allgemeinen Landrechts, der ausdrücklich die Nothwendigkeit obrigkeitlicher Bauerlaubnisse festsetzt und als Zweck dieser Vorschrift bezeichnet, dass hierdurch ein Schaden des Gemeinwesens und eine Verunstaltung der Städte verhütet werden sollen, während alle privatrechtlichen Verhältnisse, welche in älteren Bauordnungen häufig gleichfalls berücksichtigt wurden, der Kompetenz der Aufsichtsbehörde entzogen sind.

Die Anfänge einer Bauordnung für Berlin datiren bereits aus dem ersten Regierungsjahre des grossen Kurfürsten; ein systematisches Werk dieser Art wurde jedoch erst durch die noch jetzt gültige Baupolizei-Ordnung vom 21. April 1853 geschaffen, die aus langjährigen Beratungen verschiedener Behörden und Körperschaften hervorgegangen ist. Den nächsten Anlass zu ihrer Aenderung, die inzwischen schon durch Einführung verschiedener wichtiger Nachtragsbestimmungen erfolgt ist, gab die rapide Entwicklung der Berliner Bauhätigkeit, die am Ende der fünfziger und im Anfang der sechziger Jahre hervortrat und eine zum Theil ganz veränderte Bauweise, namentlich eine ausgedehnte Anwendung von Eisenkonstruktionen bewirkte. In den letzten Jahren ist die Veränderung des Baubetriebs, welche durch die Freigebung der Baugewerke erfolgte, neuerdings die bevorstehende Einführung des metrischen Maasses hinzugetreten; endlich waren bei der immer steigenden Dichtigkeit der Bebauung und der Ausnutzung des Bauterrains grössere Rücksichten auf sanitäre Verhältnisse geboten, als sie früher erforderlich schienen. Alles zusammen, so führte der Vortragende aus, sei der Grund gewesen, nicht allein eine neue Redaktion der alten baupolizeilichen Bestimmungen, sondern vielmehr gleichzeitig eine Reform derselben in's Auge zu fassen; doch seien die dadurch bewirkten Veränderungen thatsächlich nicht allzu erheblich, und da sie sich im Wesentlichen auf verhältnissmässig wenig Punkte erstrecken, noch bequem zu übersehen.

Das Prinzip der ganzen Verordnung, welches im ersten Abschnitte derselben ausgesprochen wird, ist das bisher gültige geblieben, und erläuterte der Vortragende in Kürze dessen Stellung zu den anderweit üblichen Systemen. Beide Wege, die man anderwärts noch eingeschlagen habe, einmal der Erlass spezieller baupolizeilicher Bestimmungen unter Festsetzung von Strafen gegen Zuwiderhandelnde, andererseits die Freigebung der Bauausführung unter Bestellung einer Kontrolle, welche über die Sicherheit derselben zu wachen hat, hätten ihre wesentlichen Uebelstände. Der erste habe zur Folge, dass ein Einschreiten gegen gemeingefährliche Bauausführungen nur auf Grund einer Denunziation oder nach erfolgtem Schaden möglich sei, während der zweite zu permanenten Differenzen über das Maass des Zulässigen zwischen den Bauenden und der Aufsichtsbehörde Veranlassung gebe; beide aber führten schliesslich zur reinen Willkür. Es sei daher durchaus keine Veranlassung vorhanden gewesen zu Gunsten derselben auf das bei uns durch Gewohnheit eingebürgerte und unsern Verhältnissen entsprechende System, wonach zu jeder wichtigeren Bauausführung auf Grund bestehender Bestimmungen eine Bauerlaubnis erforderlich ist, zu verzichten.

Ein spezielles Eingehen auf alle Details des Vortrages, der die wesentlichsten Bestimmungen der neuen Bauordnung den betreffenden bisher gültigen Bestimmungen gegenüber stellte, glauben wir uns versagen zu müssen, da wir beide bereits nach ihrem Wortlaute mitgeteilt haben. Wir erwähnen daher nur einzelner Punkte, bei denen Herr Assmann die Motive näher erläuterte, welche für seinen Entwurf maassgebend gewesen sind.

So erklärte derselbe die für gewisse Fälle erforderliche Zuziehung vereidigter Feldmesser zur Anfertigung der Situationspläne (§. 6.) durch das eventuelle Erforderniss der rechtlichen Gültigkeit solcher Pläne für geboten; die von den Baugewerke-meistern mit lebhafter Opposition aufgenommene Bestimmung, dass auf Verlangen der Baupolizei-Behörde die Ausführung eines Baues eventuell einem geprüften Baumeister übertragen werden muss, (§. 7.) begründete er dadurch, dass hierdurch die Möglichkeit verhütet werden solle, dass bei Bauten von hervorragendem öffentlichen Interesse für die Verantwortlichkeit eine Scheinperson vorgeschoben werde. Wenn auch andere Persönlichkeiten als geprüfte Baumeister die hierfür wünschenswerthe Sicherheit bieten möchten, so könne eine Behörde sich doch niemals auf die Beurtheilung von Persönlichkeiten einlassen, sondern nur allgemeine Qualifikationen prüfen und sei daher auf die Baumeister, als die einzigen Techniker, welche noch einer Prüfung unterworfen sind, angewiesen.

In dem zweiten Abschnitte der neuen Bauordnung, welcher die Beziehung der Baulichkeiten zur Strasse enthält, ist die wesentlichste Neuerung die, dass die Bebauung der Grundstücke fortan in der Regel nur an der öffentlichen Strasse erfolgen darf (§. 11); es soll dadurch der bisherige Missbrauch, dass auch die Zufahrten zu Grundstücken häufig mit Gebäuden besetzt wurden und dadurch Privatstrassen entstanden, welche den für öffentliche Wege geltenden Bestimmungen sich entzogen, beseitigt werden. Inwieweit ein Zurücktreten hinter die Bauflucht gestattet wird, ist im Allgemeinen dem Ermessen der Behörde vorbehalten worden, weil es nur dadurch erreichbar ist, den Verunstaltungen der Stadt, welche durch willkürliche Anordnungen entstehen könnten, vorzubeugen; dagegen ist ein Ueberschreiten der Bauflucht durch einzelne Vorbauten mit Rücksicht auf die dadurch ermöglichte bessere und kräftigere Gliederung der Facaden bei breiten Bürgersteigen bis zu gewissen Grenzen allgemein zugegeben worden. Die Einschränkung der Anlage von Vorbauten im Vorgartenterrain (§. 18) ist durch den Missbrauch, der bei der bisherigen Freiheit derselben zur Regel zu werden drohte, nothwendig geworden.

Wesentlichen Veränderungen sind die Bestimmungen über den zulässigen Grad der Bebauung eines Grundstücks unterworfen worden, welche sich aus den im dritten Abschnitt enthaltenen Vorschriften über die Grösse des Hofraums, die Entfernung der Gebäude von der nachbarlichen Grenze und von einander zusammensetzen. Das bisher übliche Minimalmaass von 17', welches für die Dimensionen eines Hofes resp. die Entfernung der Gebäude von einander galt, und welches durch die frühere Forderung entstanden war, dass auf jedem Hofe noch eine Feuerspritze müsse hantirt werden können, soll aus sanitären Rücksichten auf das Doppelte (10<sup>m</sup>) erhöht werden; von den dadurch um das Vierfache vergrösserten Höfen soll jedoch der vierte Theil mit kleineren Bauten bedeckt werden können, weil diese auf die Dichtigkeit der Bebauung keinen wesentlichen Einfluss haben. Jedenfalls wird durch die erwähnte Vorschrift verhütet werden, dass so schmale Parzellen, wie sie jetzt abgetheilt werden, mit Hintergebäuden bebaut werden können. Weil jedoch aus diesem Grunde eine sofortige Einführung dieser Bestimmungen für die Grundstückbesitzer, welche unter der alten Voraussetzung gekauft haben, wesentliche materielle Nachtheile mit sich führen würde, soll dieselbe bis 1875 hinausgeschoben werden.

Ebenso sind sanitäre Rücksichten dafür maassgebend gewesen die Bestimmungen über die Höhe der Gebäude (Abschnitt 4) etwas enger zu ziehen, was einerseits durch die Festsetzung eines Maximalmaasses von 22<sup>m</sup>, das den Abmessungen der höch-

sten gegenwärtig vorhandenen Häuser in der Friedrichstadt entspricht, andererseits durch die Bestimmung geschehen ist, dass Hintergebäude im Allgemeinen nicht höher sein dürfen, als das zugehörige Vorderhaus.

In Betreff der Durchfahrten (Abschnitt 5) ist um so weniger Bedenken getragen worden, dieselben für alle Grundstücke von mehr als 20<sup>m</sup> Breite und 25<sup>m</sup> Tiefe obligatorisch zu machen, (allerdings gleichfalls erst vom 1. Januar 1875 an), als dies der fast durchweg eingebürgerten Sitte entspricht; hingegen ist das zulässige Maass derselben, (das früher wohl gleichfalls nach der Grösse der Feuerspritzen bemessen war), auf geringere Abmessungen festgesetzt worden.

Die Bestimmungen über Treppen (Abschn. 6), welche für niedrige Gebäude die Erleichterung gewähren, dass dieselben nur feuersichere, nicht aber unbedingt unverbrennliche Treppen enthalten müssen, enthalten eine Einschränkung nur für die Anlage eiserner Treppen, da die Erfahrung herausgestellt hat, dass dieselben in den meisten Fällen durchaus nicht als feuersicher zu betrachten sind; denn mit Holzbelag versehen, gewähren sie dem Feuer direkte Nahrung, ohne denselben werden sie bei einem erheblichen Brande so heiss, dass sie nicht mehr begangen werden können. Für die Dachräume (Abschn. 7), welche durch Einschachtelung von Kammern und Wohnungen häufig in höchst nachtheiliger Weise verbaut werden, hat sich das Bedürfniss der Festsetzung von Minimalmaassen für die verbindenden Gänge herausgestellt; hingegen ist zu einem Verbote der Dachwohnungen, die prinzipiell als durchaus gesund zu betrachten sind, keine Veranlassung gefunden worden.

Die in weiterem Umfange als bisher gestattete Anwendung des Fachwerkbaus (Abschnitt 8) ist unbedingt ersichen, da bei der heute üblich gewordenen Bauweise ein Missbrauch dieser Konzession nicht zu erwarten steht, hingegen für Fabrikgebäude etc. wesentliche Erleichterungen daraus erwachsen. Zu der Bestimmung über die Nothwendigkeit eines Anstrichs der Gebäude, um das Blenden zu verhüten (§. 65), hat ein Bedürfniss vorgelegen.

Auch in Betreff der Anlage der Feuerungen und Schornsteine (Abschnitt 9) konnten die alten Bestimmungen auf Grund der Erfahrungen, welche seither gesammelt sind, im Allgemeinen erleichtert werden. Der (10.) Abschnitt, welcher die Nebenanlagen behandelt, enthält dagegen eine wesentliche Verschärfung, da die Anlage von Mist- und Kothgruben — im Interesse der Einführung rationellerer Systeme zur Beseitigung der Exkremente — prinzipiell untersagt wird.

In Betreff der Wohnräume sind im Allgemeinen die alten Bestimmungen beibehalten worden. Ein Verbot der Anlage von Kellerwohnungen wurde unter Berücksichtigung der faktischen Verhältnisse für nicht statthaft erachtet, dagegen sind, auf Grund des Gutachtens ärztlicher Autoritäten, die Bestimmungen über dieselben derart geändert worden, dass eine geringere lichte Höhe (2,2<sup>m</sup> = 7' anstatt 8') von Wohnkellern zugelassen, dagegen gefordert wird, dass der Sturz der Fenster um c. 14", die Decke um c. 6" höher über dem äusseren Terrain liegen müssen, als bisher Vorschrift war.

Was endlich die allgemeinen Vorschriften über die Sicherheit der Bauten anbetrifft, so betonte der Vortragende, dass die vorgeschriebenen Grenzen für die Belastung der Baumaterialien nur „in der Regel“, also bei gewöhnlichem Material gelten sollen, dass es hingegen Absicht der Behörde sei, im Einklange mit den wissenschaftlich technischen Bestrebungen, welche zur Errichtung der Versuchsstelle für Festigkeitsproben in der hiesigen Gewerbe-Akademie geführt haben, jede Ausnahme, welche durch die Anwendung von Baumaterialien grösserer nachgewiesener Festigkeit motivirt werde, zuzulassen.

Am Schlusse seiner Rede betonte Hr. Assmann nochmals die Wichtigkeit und Nothwendigkeit, die Bauordnung schon vom 1. Januar 1872 einzuführen, und bat die Kommission des Vereins um möglichste Beschleunigung ihrer Arbeiten. Der Hr. Vorsitzende dankte ihm für seine Erläuterungen, durch welche die Kommission jedenfalls wesentlich gefördert sei. — F. —

## Vermischtes.

Eine allgemeine Konferenz für europäische Gradmessung hat in den letzten Tagen des September zu Wien stattgefunden. Wir nehmen an dieser Stelle Notiz von den Arbeiten der geodätischen Sektion, wie dieselben in den Vorträgen ihrer Referenten vor der Plenarversammlung zum Ausdruck kamen.

Ueber (Punkt 4 des allgemeinen Konferenz-Programmes, „Maassvergleichen“, erstattete Regierungsrath Dr. Herr (Oesterreich) den Bericht und legte der Versammlung drei von der Sektion einstimmig angenommene Anträge vor. Der erste dieser Anträge, von Baeyer (Preussen) ausgehend und von Herr (Oesterreich) ergänzt, lautet: „Die in Wien versammelte General-Konferenz der europäischen Gradmessung wolle der k. k. österreichisch-ungarischen Regierung den Wunsch aussprechen, es möchten die Wiener Glasmeter und Halbtoisen zum Zwecke der absoluten Bestimmung ihrer Ausdehnung und ihrer Vergleichung mit den Glasmetern des Zentralbureaus, beziehungsweise der Bessel'schen Toise, nach Berlin gesendet werden.“ Der zweite Antrag, von Herrn Hirsch (Schweiz) ausgehend, wurde so formulirt: „Die General-Konferenz hat mit grosser Befriedigung von den im August vorigen Jahres von der internationalen Meter-Kommission gefassten vorläufigen Beschlüssen und von deren Billigung durch die französische Regierung Kenntniss genommen

und spricht den Wunsch aus, dass die französische Regierung, ihrer im vorigen Jahre gemachten Zusage gemäss, die internationale Kommission so bald als thunlich zur weiteren Förderung der Angelegenheit wieder einberufen möge.“ Der dritte Antrag, ebenfalls von Hirsch ausgehend, lautet: „Die General-Konferenz wolle den Kommissären empfehlen, die bei den Hauptnivelements verwendeten Latten bis Mitte November nach Bern zu senden, um dort mit dem drei Meter langen Etalon und unter sich verglichen zu werden.“

Ueber Punkt 5, „Messung von Grundlinien“, referirte Oberst Ybannes (Spanien) und brachte einen von Baeyer und Hirsch ausgehenden und von der Sektion einstimmig angenommenen Beschluss vor: „Die General-Versammlung wolle die Einleitung treffen, dass auf gemeinschaftliche Kosten das Steinheil'sche Messrad, dann ein neuer, allen gegenwärtigen Anforderungen entsprechender Basis-Messapparat für Zwecke der europäischen Gradmessung angeschafft werde.“ Ueber Punkt 6, „Hauptnivelements“ erstattete Professor Dr. Baur (Württemberg) Bericht und brachte der Plenarversammlung zwei weitere, ebenfalls früher in der Sektion schon einstimmig akzeptirte Anträge vor: Erster Antrag, von Baeyer eingebracht, geht dahin: „Die General-Versammlung wolle an die königl. Regierung von Grossbritannien das Ansuchen stellen, auf der Insel Helgoland einen registrirenden Pegel aufstellen zu lassen.“ Der zweite Antrag ist nur

eine Erneuerung des schon im Jahre 1864 von der Konferenz festgestellten Beschlusses, dahin lautend, „dass die an das Meer grenzenden Staaten, welche sich bei der europäischen Gradmessung betheiligen, dringend ersucht werden sollen, an möglichst vielen Punkten ihrer Küsten durch registrirende Apparate die mittlere Höhe des Meeres festzustellen.“ Und speziell die Kommissäre dieser Staaten werden aufgefordert, der permanenten Kommission noch vor ihrem nächstjährigen Zusammentritte Mittheilungen über den Stand dieser Angelegenheit zu machen.“ Diese sechs Anträge, aus der geodätischen Sektion hervorgehend, wurden in der General-Konferenz einstimmig zum Beschlusse erhoben.

Eine Instruktion für die formelle Behandlung der für die Ertheilung von Baukonsensen einzureichenden Zeichnungen ist in Preussen erlassen worden. — Die bisher eingereichten Zeichnungen haben sich vielfach so mangelhaft erwiesen, dass ihre Rücksendung erforderlich war. Um diesem Uebelstande in Zukunft zu begegnen, ist angeordnet worden, dass jedem Gesuche um Ertheilung eines Baukonsenses ein Grundriss, ein Aufriss und ein Durchschnittsriß des aufzuführenden Gebäudes anzuschliessen ist. Ferner müssen die Zeichnungen mit dauerhaften Farben so ausgeführt sein, dass die Lage der Feuerstellen, die Weite der Schornsteine und ihre Neigung gegen den Horizont, die Lage, Form und Grösse der Giebel unzweideutig daraus erkannt werden kann. Der unter der Zeichnung anzugebende Maassstab darf so klein sein, dass die Zeichnungen auf einem gewöhnlichen Schriftbogen Platz finden. Liegt der Bauplatz an einem öffentlichen Wege, oder gränzt er an Gebäude, in denen mit starkem Feuer gearbeitet wird, so ist die Beifügung eines Situationsplanes mit den anliegenden Wegen und gedachten Gebäuden erforderlich. Ist keine dieser Bedingungen vorhanden, so genügt eine desfallsige Angabe im Gesuche. Die Bauhandwerker sind auf eine genaue Beachtung dieser Vorschriften bei Anfertigung derartiger Zeichnungen hingewiesen worden. —

Das Institut für Glasmalerei in München, das gegenwärtig unter der Direktion von F. X. Zettler steht, hat nach einer uns von dort zugehenden Notiz im Laufe der letzten Jahre jährlich 70 bis 80 künstlerisch ausgeführte Fenster geliefert. Unter den Arbeiten des letzten Jahres sind 3 für St. Petersburg bestimmte Fenster („Hamlet am Kirchhofe, Glück und Wohlstand“) — eine Darstellung der klugen und thörichten Jungfrauen nach einem Karton von Andreas Müller, der nach London gegangen ist — „Christi Taufe, Tod und Auferstehung“, nach Indien bestellt, und endlich 5 grosse Fenster für eine Kirche in New-York hervorzuheben.

### Aus der Fachliteratur.

Zeitschrift des Bayerischen Architekten- und Ingenieur-Vereins.

Wir haben über eine Anzahl Hefte zu sprechen, die uns zwar schon vor längerer Zeit zugegangen sind, an deren Durchsicht aber Referent durch mancherlei Umstände bisher verhindert wurde.

Jahrgang 1870, Heft 1 enthält an Original-Abhandlungen: Sgraffito-Dekorationen an einem Wohnhause in München, von Professor E. Lange. Mit 4 Abbildungen in Buntdruck. Mit Benutzung des Gebäudes der ehemaligen Hauptwache in München hat der Juwelier Thomass ein Haus erbauen lassen, das ausser dem Erdgeschoss fünf Stockwerke enthält. Dem Professor E. Lange wurde die schwierige Aufgabe zu Theil für den künstlerischen Schmuck dieser grossen Fläche in geeigneter Weise zu sorgen. Unter Erhaltung der aus der Spät-Renaissance herrührenden Stuck-Dekorationen der Fensterverdachungen wurde, um mit der reichen Plastik derselben nicht in Wettstreit zu kommen, eine Ausschmückung der Fassade mit Sgraffito gewählt, wobei der früheren Bestimmung des Hauses, wohl in zu weit gehender Weise, die Motive entlehnt wurden. Das bei der Ausführung angewendete technische Verfahren wird beschrieben.

Ueber Wetli's Lokomotiv-System für Gebirgsbahnen, von Direktor Krauss in München. Anknüpfend an die amtlich eingeforderten und veröffentlichten Gutachten der Professoren Dr. Zeuner und Veith, Pestalozzi und Culman wird das Wetli'sche System besprochen, bei welchem der Uebersetzungs-Mechanismus nur als eine Ergänzung für den mangelnden Rest an Adhäsion der Triebräder der Lokomotive auf den Fahr-schienen betrachtet und gehandhabt werden soll. Nach einer Auslassung über die Wirkungsweise beider Mechanismen und die Möglichkeit ihres gleichzeitigen Eintretens während der Fahrt, über die dabei zu erwartende Inanspruchnahme und Abnutzung der Fahr-schienen wird von allen genannten Experten das Wetli'sche System im Prinzip als richtig anerkannt und vom Verfasser schliesslich der Beachtung und Erwägung bei dem Projekt der Gotthardbahn dringend empfohlen, unter Hinweis auf die voraussichtlich sehr erhebliche Ersparung an Bahnlänge, Bau- und Betriebskosten.

A. T. Stewart's Hôtel für Arbeiterinnen in New-York, mitgetheilt durch Rinecker. Das Gebäude, für ungefähr 530 Arbeiterinnen berechnet, denen es billige Wohnung und Beköstigung gewähren soll, enthält ausser dem Keller sieben Geschosse mit ansehnlichen Höhen. Die Konstruktion ist solide, die Einrichtungen sind den Anforderungen der Neuzeit durchaus entsprechend.

Die Anlage der Schienengeleise in Eisenbahn-Kurven mit Rücksicht auf die Konstruktion der Rad-spurkränze, rechnerisch festgestellt von J. Seeberger. Der Verfasser will auf dem Wege der Rechnung diejenigen Normen für die abweichende Legung der Schienengeleise in Kurven entwickeln, welche bisher zumeist der einfachen Beobachtung des Angriffes der Radkränze und Schienen aufeinander entnommen seien, und behandelt 1. die Entfernung der Schienenstränge; 2. die Schienenüberhöhung; 3. die Schienenneigung. Eine Tabelle stellt die gewonnenen Resultate übersichtlich zusammen.

Ausser der Fortsetzung dieser Abhandlung enthält Heft 2:

Die Bahnunterhaltungs-Kosten und Schienenabnutzung auf der Ostbahnstrecke Nürnberg-Neukirchen in den Jahren 1860—66, vom Betriebs-Ingenieur Mennel. Mit einer Tafel graphischer Darstellungen.

Beschreibung des am 6. Dez. 1866 dem Ingenieur Heinrich Gerber verliehenen Patentes auf Balkenträger mit freiliegenden Stützpunkten. Die Schwierigkeit, welche der Berechnung der Inanspruchnahme aller Konstruktionstheile bei kontinuierlich über mehrere Oeffnungen gelegten Balken, besonders beim Hinzutreten von Einzellasten entgegentritt, und die Unsicherheit der gewonnenen Resultate bei den geringsten Pfeilersenkungen haben den Verfasser zu seiner Anordnung von Balkenträgern mit freiliegenden Stützpunkten geführt, bei welchen das frei über einen Stützpunkt hinausragende Ende eines über zwei Stützen gelegten Balkens zum Auflager eines anderen Balkens wird, so dass der Auflagerdruck des letzteren als Einzelast am Ende des ersteren auftritt und man es auch bei zusammengesetzten Anordnungen immer nur mit Balken auf zwei Stützen zu thun hat. Eine Tafel mit Abbildungen und graphischen Darstellungen erläutert das Prinzip.

Ueber Anwendung des Nitroglyzerins zu Felsen-sprengungen unter Wasser und Zündungen der Ladungen durch Elektrizität. Mit Abbildungen.

Heizung und Lüftung eines Schlaf- und Krankenzimmers, von Dr. A. Wolpert. Es wird gezeigt, wie der beabsichtigte Zweck durch einen Koaksfüllofen (Mantel-Röhrenofen) erreicht wurde, der in einem Wohnzimmer stand, welches dem anstossenden Krankenzimmer gleichsam als Heizkammer diente.

(Fortsetzung folgt.)

—>

### Personal-Nachrichten.

Preussen.

Ernannt: Der Baumeister Richrath in Saffig bei Andernach zum Kreisbaumeister in Aurich.

Dem Bau-Inspektor Pickel zu Magdeburg ist der Titel als Baurath verliehen worden.

In den Ruhestand tritt am 1. November: der Kreisbaumeister Augener zu Frankenberg, Reg.-Bez. Cassel.

Württemberg:

Dem Baurath Schlierholz in Stuttgart ist der Titel eines Finanzrathes verliehen worden.

### Brief- und Fragekasten.

Abonnent in Berlin. Wir glauben unsererseits unzweifelhaft, dass die verschiedenen für Krankenhäuser üblichen Systeme und ihre Anwendbarkeit für einzelne Fälle nur dann zur ernstlichen Diskussion kommen können, wenn es sich um grössere Anlagen dieser Art handelt. Ein Krankenhaus mit so geringem Bestande, wie es Ihnen vorliegt, (40 B.) wird wohl immer als ein einfacher geschlossener Bau ausgeführt werden, wenn nicht ganz besondere Umstände ein Anderes bedingen.

Hrn. A. in Anklam. Wir sind leider ausser Stande Ihnen einen Rath ertheilen zu können, da uns alle Voraussetzungen dafür fehlen. Anscheinend wird der betreffende von Ihnen anzuerkennende Sachverständige wohl unter den technischen Mitgliedern eines Regierungskollegiums gesucht werden müssen.

Hrn. C. 42. Berlin. Ich bitte Sie, mich Donnerstag Abends 7 Uhr im Lokale des Architektenvereins, Wilhelmstr. 118, aufzusuchen zu wollen, zu welcher Zeit daselbst eine Sitzung der Delegirtenkommission stattfindet. Eventuell erbitte ich mir Mittheilung Ihrer Adresse, da ich glaube von Ihrem Anerbieten Gebrauch machen zu können. K. E. O. Fritsch.

Hrn. v. D. in Langelsheim. Weitere Vorgänge in Betreff der Lüdenscheider Konkurrenz sind uns nicht bekannt. Sobald das Resultat der in Aussicht gestellten Klage des Herrn Kühn uns mitgetheilt wird, werden wir dasselbe selbstredend veröffentlichen.

Hierzu eine Holzschnitt-Beilage: Burghaus am Haidgen bei Aachen von J. Raschdorff, als Ersatz der in No. 40 enthaltenen verunglückten Abbildung.